

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02221) 21 9038/39  
Telex: 0886 846 ppbn d

## Inhalt

Hans-Ulrich Klose, Bundesratspräsident und Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, unterstreicht, daß Friedenssicherung die wichtigste Aufgabe bleibt: Entspannungspolitik ist kein Kartenspiel.

Seite 1/2

Günter Biermann MdB sieht Verfassungsrechtler und Kirchen auf Seiten der Kriegsdienstverweigerer: Die Opposition ist zur Mithilfe aufgerufen.

Seite 3

Freimut Duve erläutert die Perspektive der Sozialdemokraten in der ökologischen Bewegung: Nach der Phase der theoretischen Erörterungen inmitten der konkreten Interessengegensätze.

Seite 4/5

Dieter Haack MdB würdigt Lauritz Lauritzen zu dessen 70. Geburtstag: Sachverständig, ehrlich, glaubwürdig.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02221) 812-1

35. Jahrgang / 12

17. Januar 1980

Entspannungspolitik ist kein Kartenspiel

Friedenssicherung bleibt die wichtigste Aufgabe

Von Hans-Ulrich Klose

Bundesratspräsident und Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Ereignisse der letzten Wochen haben uns eindringlich daran erinnert, wie leicht der Friede in der Welt gefährdet werden kann. Ich will nicht verbergen, daß ich dem neuen Jahrzehnt mit Sorgen entgegentreue. Der Nahe und Mittlere Osten bilden augenblicklich einen Gefahrenherd für den Weltfrieden, der von uns sehr ernst genommen werden muß. Zu schnell entwickelt sich aus regionalen Konflikten ein Krieg, an dessen Ende es angesichts des schrecklichen Waffenpotentials auf allen Seiten nur Verlierer geben kann.

Die Intervention sowjetischer Truppen in Afghanistan erfüllt mich mit großer Sorge, mit Sorge um den Weltfrieden. Das ist in aller Offenheit festzustellen, weil wir daran interessiert sind, die Politik der Entspannung fortzuführen. Das geht aber nur, wenn die nationale Souveränität eines jeden Landes respektiert wird. Deshalb ist an die Verantwortlichen zu appellieren, erreichte Erfolge im Entspannungsprozeß nicht rückgängig machen zu wollen. Eine



Politik der Stärke, die immer auch eine Politik des Mißtrauens ist, darf die Zukunft nicht bestimmen. Wenn schon nicht die Regierungen - die Völker wollen Frieden.

Zu einer friedlichen Welt gehört auch, daß die Völker selbst bestimmen können, wie sie leben wollen. Ich respektiere deshalb auch die Entscheidungen des iranischen Volkes, eine neue staatliche Ordnung auf der Grundlage des Islam zu errichten und dabei die jüngste Vergangenheit aufzuarbeiten und - soweit sie schrecklich war - zu überwinden. Das alles gehört zum Selbstbestimmungsrecht der Völker, das wir respektieren. Aber wir müssen uns dagegen wehren, daß die Regeln des Völkerrechts verletzt werden. Die Geiselnahme von Botschaftsangehörigen ist völkerrechtswidrig. Sie stellt nicht nur für die USA eine Herausforderung dar.

Und noch eine Anmerkung zum Nahen Osten: Es dient dem Frieden nicht und ist kein Beitrag zur Stabilisierung dieser Region, wenn vom Öl als Waffe und im Zusammenhang mit Öl von Waffen und militärischen Implikationen gesprochen wird. Richtig ist dagegen, mit knappen Rohstoffen so umzugehen, daß dabei der größtmögliche Nutzen für die gesamte Menschheit gewonnen werden kann. Mir scheint, alle Beteiligten müssen die Bereitschaft aufbringen, einen neuen Anfang zu machen, um den Frieden nicht zu gefährden.

Daß regionale Konflikte mehr als nur lokale Bedeutung haben, zeigt die aufgeschobene Entscheidung über SALT II. Dies macht einmal mehr deutlich, wie empfindlich das erreichte Gleichgewicht zwischen den Weltmächten gegenüber Störungen ist. Entspannungspolitik ist kein Kartenspiel, bei dem man risikolos hoch ausreizen kann. Es gibt einen Punkt, wo man sich verständigen muß, ob man noch nach gleichen Regeln mit dem gleichen Ziel spielt. Dies gilt für alle Beteiligten, denn ohne Verständigung gefährden wir, was für mich unverändert die wichtigste Aufgabe ist: den Frieden zu sichern.

(-/17.1.1980/va-he/ca)

+

+

+



## Die Opposition ist zur Mithilfe aufgerufen

Verfassungsrechtler und Kirchen auf Seiten der Kriegsdienstverweigerer

Von Günter Biermann MdB

Vorsitzender der Ad-hoc-Arbeitsgruppe "Zivildienst" der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD-Bundestagsfraktion bemüht sich seit Jahren darum, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung für die jungen Menschen rechtsstaatlicher zu gestalten. Diesem Ziel entsprach auch das am 1. August 1977 in Kraft getretene neue Recht. Die CDU/CSU, die diesem Gesetz nicht zugestimmt hatte, strengte Verfassungsklage an. Im Frühjahr 1978 hob das Bundesverfassungsgericht dieses Gesetz auf. Die alten diskriminierenden Regelungen waren somit wieder in Kraft.

Nach dieser Entscheidung war es für die SPD-Fraktion ein selbstverständliches Anliegen, auf der Grundlage des Urteils und der hierin aufgezeigten eingegrenzten Möglichkeiten die Situation der Kriegsdienstverweigerer zu verbessern. Dabei ist von uns zu berücksichtigen, daß ein künftiges Gesetz der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Dieses bedingte langwierige interfraktionelle Gespräche. Um allen, die sich in den Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Kriegsdienstverweigerungsorganisationen und anderen Bereichen um die Belange der Kriegsdienstverweigerer bemühen, Gelegenheit zu geben, ihre Auffassungen, Vorstellungen und Wünsche zur Neugestaltung des Kriegsdienstverweigerungsrechts vorzutragen, haben Sozialdemokraten den Antrag gestellt, eine öffentliche Anhörung im Bundestag durchzuführen. Dies war gut und richtig. Unsere Grundauffassung wurde bestätigt.

Drei Punkte sind hervorzuheben:

1. Die CDU/CSU, die bisher grundsätzlich auf einem Prüfungsverfahren bestand, mußte von den anwesenden Verfassungsrechtlern erfahren, daß ein - wie auch immer geartetes - Prüfungsverfahren vom Bundesverfassungsgericht nicht zwingend gefordert ist.
2. Die Vertreter der beiden großen Kirchen, insbesondere das Kommissariat der deutschen Bischöfe, waren einmütig der Ansicht, daß Gewissen nicht prüfbar ist: Die Unbedingtheit des Gewissens erlaube auch nicht, daß die Echtheit der Gewissensentscheidung an der Elle von Sinn und Zweck gemessen werde. Auch wenn die Begründung eines Antrages nach allgemeinen Wertvorstellungen nicht sinnvoll erscheine, berechtige dies nicht zu einem Urteil über das Gewissen. Die Folgen der Prüfungsentscheidung seien zudem viel weitgehender als das Urteil selbst eines Strafrichters. Im Gegensatz zum Strafverfahren werde der junge Mensch ja nicht nur gezwungen etwas zu unterlassen, was nicht die allgemeine Billigung findet, sondern hier sogar gezwungen, etwas zu tun (Ableistung des Wehrdienstes), was genau seine Gewissensnot ausmacht.
3. Die Vertreter der Betreuungsverbände der Kriegsdienstverweigerer beklagten die negativen Auswirkungen der Prüfungsverfahren auf den Antragsteller und seine Umgebung. Für viele junge Menschen bringe das Prüfungsverfahren schwere Belastungen mit sich, zumal dann, wenn die Entscheidung über die Anerkennung faktisch in das freie Ermessen der Prüfungsgremien gelegt sei.

Diese Anhörung dürfte auch der Opposition eine Vielzahl von Anregungen gebracht haben, um ihre seit Jahren gelübte Voreingenommenheit gegenüber Kriegsdienstverweigerern zu überdenken. Die nun folgenden Ausschußberatungen werden zeigen, inwieweit die CDU/CSU bereit und in der Lage ist, sich den Argumenten der Sachverständigen zuzuwenden. Im Interesse der jungen Bürger unseres Staates - aber auch im Interesse des Staates an diesen jungen Bürgern - ist zu wünschen, daß die Opposition endlich mithilft, den Ausbau des Rechtsstaates auch in diesem Bereich mitzutragen. (-/17.1.1980/ks/ca)



Sozialdemokratie und Grüne  
-----

Nach der Phase der theoretischen Erörterungen inmitten der  
konkreten Interessengegensätze

Von Freimut Duve

Mitglied des SPD-Landesvorstandes Hamburg und des SPD-Arbeitskreises Ökologie

Das Auftreten der "Grünen" als Bundespartei kann die Verfechter einer ökologisch orientierten Politik in der SPD nicht beirren. Wir werten die Grünen weder als Feind noch als Bedrohung. Sie sind im Wahlkampf politische Gegner - mit respektablen und spektakulären Anfangserfolgen - und sie stellen erneut eine Herausforderung an die SPD dar, in der Arbeitspolitik, im Umweltschutz und in der Energiepolitik die Positionen auch durchzusetzen, die die Partei bereits diskutiert und verabschiedet hat.

Die SPD kann es sich mit der großen Aufgabe der Entgiftung der Industriegesellschaft nicht so leicht machen, wie die Grünen. Sie ist aus der Phase der theoretischen Erörterung und der plakativen Forderung längst heraus und steht inmitten der konkreten Interessengegensätze. Die Sozialdemokratie ist ein Kind der Industriegesellschaft. Sie kann sich nicht leichtfüßig aus dieser Industriegesellschaft verabschieden. Sie hat die Verantwortung übernommen für die Hoffnungen und das Vertrauen von Millionen Menschen in die soziale Sicherheit, in die wirtschaftliche Absicherung der Existenz. Dieses bei dem Anpacken der ökologischen Frage unberücksichtigt lassen, hieße, sich selbst aufgeben.

In keiner politischen Großorganisation Westeuropas ist die Zahl der ökologisch engagierten Mitglieder so groß wie in der SPD. Wie wollen wir morgen leben? Wie können wir die natürliche Grundlage menschlicher Existenz erhalten? Wie können wir auch die fortentwickelte Industriegesellschaft mit der Natur in Einklang bringen? - Diese Fragen werden in der SPD diskutiert. Dazu gehören der Raubbau an der Gesundheit, die chemische Vergiftung unserer Umwelt, die oft absurde Entwicklung unseres Verkehrswesens, die technologisch bedingten Verluste von Arbeitsplätzen, die unverantwortliche Energieverschwendung. Ökologisch orientierte Politik ist ohne Mitbestimmung nicht möglich. Die Weiterentwicklung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Mitwirkung der Bürger bei Standort- und Produktionsentscheidung darf kein Gegensatz sein. Engagierte Bürger müssen lernen Verständnis für die Arbeitsplatzinteressen zu entwickeln, wie mitbestimmende Arbeitnehmer Verständnis für die Mitwirkungsrechte betroffener Bürger aufbringen müssen.

Die Ökologen in der SPD messen der Arbeit der Bürgerinitiativen für Umweltschutz eine große Bedeutung bei. Die Formen ihres Auftretens, ihre Weigerung direkt zu den politischen Parteien in Konkurrenz zu treten - lassen erkennen, daß die neue Problemstellung auch zu neuen Formen politischen Handelns führt. Bürgerinitiativen legen oft die Hand auf die richtige Wunde. Sie zu heilen sind sowohl die etablierten wie auch neue Institutionen und Arbeitsformen erforderlich.

Die Ökologen in der SPD befürchten, daß bei einem Rückfall in den Kalten Krieg und bei Zunahme der weltweiten Konfrontation die lebenswichtigen Fragen der ökologischen Umstrukturierung unserer Wirtschaft ins Abseits geraten. Das Auftreten der Grünen in Frankreich zeigt, wie rasch eine Bewegung wieder in die Bedeutungslosigkeit zurückfallen kann, bevor deren Fragen beantwortet oder gar gelöst worden sind. Die Ökologen in der SPD wollen die Kenntnis und das Bewußtsein von diesen Fragen so vertiefen, daß sie den Gesetzen der modischen Tagesaktualität nicht anheimfallen.



Im nächsten Jahrzehnt muß der Industriestaat Bundesrepublik auf breiter Front eine "Entgiftungsstrategie" entwickeln. Dies wird zunächst Aufgabe der Gewerkschaften der Arbeitgeber aber auch der Landtage und des Bundestages sein. Wir dürfen unsere wirtschaftspolitischen Zielsetzungen nicht von kaum bekannten Weltmarkterwartungen her treffen, sondern von den sehr konkret bekannten Bedürfnissen der Menschen und Landschaften unseres eigenen Landes: Entgiftung der landwirtschaftlichen Produktion, Entgiftung der chemischen Produktion, Humanisierung der Arbeitsplätze, das heißt auch radikale Entgiftung der Arbeitsplätze; Qualifizierung der Produkte, das heißt auch radikale Entgiftung der Produkte.

Die große Aufgabe der "Entgiftung der Industriegesellschaften" wird vielen Menschen viel Arbeit bringen. Nur müssen eben Kammern und Gewerkschaften, Arbeitsämter und Wirtschaftspolitiker sich diesen Aufgaben und Chancen auch stellen. Eine regionale ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik wird zu neuen Formen von Kooperation von kleinen und kleinsten Firmen mit unteren Gebietskörperschaften führen, zugleich werden sich gerade im Bereich der Erweiterung der Grünflächen und der Energienutzung mit Unterstützung der SPD genossenschaftliche Unternehmensformen durchsetzen können.

Es muß aber auch die unselige abstrakte Diskussion über Wachstum ja oder nein, zumindest bei Sozialdemokraten beendet werden. Es geht nicht um statistische Ziele und deren Indikatoren sondern um konkrete Aufgaben - die jedermann mit Händen greifen kann.

Im nächsten Jahrzehnt muß die Bundesrepublik auf breiter Front eine Strategie gegen die Verschwendung entwickeln. An oberster Stelle wird die Verschwendung von Primärenergie bei der Erzeugung von Strom und Wärme liegen müssen. Daß bisher weder der Bund noch irgendein Bundesland ein Konzept der dezentralen Wärme-Kraft-Kopplung entwickelt hat, ist angesichts der Energienot ein politischer Skandal. Der Nutzungsgrad der Primärenergie im Gesamtenergiefluß muß von heute unter 40 Prozent auf über 70 Prozent hochgeschraubt werden - erst dann sind wir der Preispolitik der OPEC gegenüber abwehrfähig.

Wir sind überzeugt, daß bei konsequenter ökologisch orientierter Politik viele ehemalige Sozialdemokraten, die uns aus enttäuschter Liebe verlassen haben, zu uns zurückkehren.

Dazu ist trotz großer (notwendiger) Anstrengungen für theoretische Konzepte notwendig auf allen Ebenen der politischen Verantwortung konkret anzugeben, wo ökologisch orientierte Politik notwendig und möglich ist. Der vom Bundesparteitag in Berlin verabschiedete Antrag "Grundlagen für ein ökologisch-ökonomisches Gesamtkonzept" muß in den nächsten zehn Jahren konkret mit politischen Zielsetzungen ausgefüllt werden:

- in der Wirtschaftspolitik
- in der Entwicklungspolitik
- in der Arbeitsmarktpolitik
- in der Regionalpolitik
- in der Technologiepolitik
- in der Energiepolitik
- in der Landwirtschaftspolitik
- in der Kommunalpolitik
- in der Verkehrspolitik
- in der Baupolitik
- in der Bildungspolitik.

Aus dieser Aufzählung wird erkennbar, daß die Sozialdemokraten sich anschicken, die Grundlagen und Leitlinien traditionellen Handelns in den zentralen Bereichen unseres staatlichen Verwaltung zu verändern. Dies kann nicht allein vom Bund oder den Ländern aufgegriffen werden. Die Gewerkschaften, die Genossenschaften, die Handels- und Handwerkskammern, die Kammern der Freien Berufe, die unzähligen Vereinigungen, die sich Politikbeeinflussung zur Aufgabe gemacht haben (Lobby), müssen gefordert werden, an diesem Umdenkprozeß teilzunehmen und ihre Partikularinteressen zugunsten des Gemeinwohls zurückzustellen. Ökologische Umorientierung ist keine Aufgabe die nur eine kleine Gruppe von Interessenten angeht, sie ist eine die ganze Gesellschaft und ihr Überleben berührende Aufgabe. Sozialdemokraten tragen Verantwortung auf allen Ebenen staatlicher und kommunaler Organisation. Sie müssen die Interessenvertreter aller Lager wachrütteln für diese große Aufgabe.

(-/17.1.1980/ks/ce)



Sachverständig, ehrlich, glaubwürdig  
-----

Lauritz Lauritzen zum 70. Geburtstag am 20. Januar

Von Dr. Dieter Haack

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Eine große Zahl von Gratulanten wünscht Lauritz Lauritzen zum 70. Geburtstag von Herzen alles Gute.

Der frühere Kasseler Oberbürgermeister, Hessische Justizminister und Minister für Bundesangelegenheiten, Bundesbau- und -verkehrsminister ist weit über die Grenzen unserer Partei hinaus geachtet und beliebt: als sachverständiger, ehrlicher und glaubwürdiger Politiker.

Er hat in jahrzehntelanger kommunal-, landes- und bundespolitischer Verantwortung vorgelebt, daß Politik Verantwortung für den Menschen ist. Er hat auch bewiesen, daß Politik ohne Egoismus, Intrige und hektischen Aktionismus getrieben werden kann.

Geselligkeit, Kameradschaft und Freundschaft haben auch in seinem politischen Leben den richtigen und notwendigen Stellenwert. Dafür danken ihm alle, die ihm begegnet sind und mit ihm zusammengearbeitet haben.

Die Aussage in den "Sozialdemokratischen Perspektiven" im Übergang zu den 70er Jahren: "Damit die Menschen sich in den Städten wohlfühlen können, müssen die Städte dem einzelnen und seiner Familie sowohl Geborgenheit in der privaten Sphäre als auch Kontakt und Gemeinschaft bringen.", kennzeichnet die Städtebaupolitik von Lauritz Lauritzen. Über sieben Jahre nach seinem Weggang aus dem Raumministerium ist vieles von seiner Arbeit noch lebendig:

- die Verbesserungen des Wohngeldgesetzes
- das mittelfristige Programm im sozialen Wohnungsbau
- das Städtebauförderungsgesetz und
- der Mieterschutz.

Lauritzens Baupolitik orientierte sich an seinen kommunalen Erfahrungen. Seine Politik war kommunalfreundlich und bürgernah. In der 1972 erschienenen Anthologie "Mehr Demokratie im Städtebau" befaßte sich Lauritzen mit so wichtigen Themen wie Partizipation, Bürgerforen, Anwaltsplanung, Gemeinwesenarbeit und Demokratisierung der Planungsprozesse, mit Themen also, die für eine recht verstandene Bürgermitwirkung entscheidend sind.

Auch heute noch ist Lauritz Lauritzen der Wohnungs- und Städtebaupolitik verbunden: als Präsident der Gesellschaft für Wohnungs- und Siedlungswesen e.V., als Präsident des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung e.V., als Mitglied des Vorstandes des Verbandes gemeinwirtschaftlicher Unternehmen für Städtebau und Landesentwicklung e.V. und als Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft für Städtebau und Wohnungspolitik der SPD. Überall kommt uns sein Rat zugute.

Unser aller Wunsch für Lauritz Lauritzen: ad multos annos - viele glückliche Jahre im Kreise seiner Familie und Freunde und auf weitere gute Zusammenarbeit.

(-/17.1.1980/hi/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

